

# OA-UPDATE SANKTIONEN

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

am 20. Mai hat die EU-Kommission das lang angekündigte 17. Sanktionspaket gegen Russland veröffentlicht. Die EU stand unter Zugzwang. Um Russland zu einem 30-tägigen-Waffenstillstand im Krieg gegen die Ukraine zu drängen, hatten diverse EU-Regierungschefs, darunter der neue Bundeskanzler Friedrich Merz, harte Sanktionen angekündigt. Ein diesbezügliches Ultimatum hatte Moskau aber verstreichen lassen und seine Angriffe auf ukrainische Städte zuletzt eher noch verstärkt.

Das jetzt veröffentlichte Paket sieht insbesondere Sanktionen gegen die so genannte russische Schattenflotte zum Export von Öl sowie den russischen Ölkonzern Surgutneftegas vor. 189 Schiffe der ohne westliche Versicherung fahrenden Schattenflotte werden jetzt von der EU neu gelistet, damit erhöht sich die Gesamtzahl auf 342. Gelistet werden erstmals auch Reedereien, die die Schiffe zur Verfügung stellen. Ebenfalls sanktioniert wurden 45 Unternehmen aus Russland und aus Drittstaaten wie die Türkei, Serbien und Vietnam. Zudem gibt es weitere EU-Beschränkungen für die Ausfuhr von chemischen Vorprodukten für energetische Materialien und für Ersatzteile für Werkzeugmaschinen. Neue Personensanktionen nehmen erstmals auch deutsche Journalisten ins Visier, die der russischen Propaganda dienen.

Das neue Sanktionspaket wird von Kommentatoren als eher schwach eingeordnet. Vielleicht auch deshalb betont die EU-Kommission, bereits an einem 18. Sanktionspaket zu arbeiten, das unter anderem eine Verschärfung des Ölpreis-Deckels, Sanktionen gegen die Nord Stream Pipelines und neue Finanzsanktionen enthalten soll.

Wie immer blicken wir im neuen Update auch in die USA. Dort scheint ein neues Sanktionspaket mit dem Titel: „Sanctioning Russia Act of 2025“ eine breite Mehrheit im Senat zu finden.

**OA-Update 2025/05  
Stand: 21. Mai**

## Inhalt

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps & Links](#)

## 1. Ost-Ausschuss

---

### Handelsentwicklung im ersten Quartal 2025

Der Ost-Ausschuss hat die Zahlen zum deutschen Osthandel im ersten Quartal 2025 ausgewertet. Die Exporte nach Russland sanken um weitere 3,4 Prozent, die Importe sogar um 42 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Zu den Zahlen aller 29 Länder der Region sagte Cathrina Claas-Mühlhäuser, die Vorsitzende des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft:

„Der deutsche Handel mit den 29 Staaten Mittel- und Osteuropas entwickelte sich im ersten Quartal 2025 in einem äußerst schwierigen globalen Umfeld positiv. Der Warenaustausch war um 1,3 Prozent höher als im ersten Quartal 2024, wobei die deutschen Ausfuhren dank der kräftigen Exportzuwächse in Polen, Tschechien, der Slowakei und der Ukraine leicht zunahmen. Das Wachstum der Ausfuhren wurde jedoch durch deutliche Einbrüche im Geschäft mit Russland und Belarus sowie mit Ungarn gedämpft, wo sich die Konjunktur schwach entwickelt.

Die deutschen Einfuhren aus Mittel- und Osteuropa stiegen gegenüber dem Vorjahr um fast zwei Prozent. Der starke Anstieg der Einfuhren aus wichtigen Zulieferländern für die deutsche Automobilindustrie deutet allerdings darauf hin, dass hier Vorzieheffekte vor der möglichen Verhängung von US-Zöllen eine Rolle spielen. In dieser Hinsicht sitzen Deutschland und seine Partner in Mittel- und Osteuropa im selben Boot.

Umso wichtiger ist es, dass die neue Bundesregierung auf unsere Partner in der Region zugeht. Mit seinem Antrittsbesuch in Warschau unmittelbar nach seiner Wahl hat Bundeskanzler Friedrich Merz gleich ein wichtiges Signal für engere Beziehungen zu unserem mit Abstand wichtigsten östlichen Handelspartner Polen gesetzt. Mit vereinten Kräften können Deutschland und Polen dazu beitragen, die EU wettbewerbsfähiger zu machen.

Bei seinem anschließenden Besuch in Kiew bekräftigte Merz die fortgesetzte Unterstützung der Bundesregierung für die Ukraine. Diese Unterstützung wird auch für den europäischen Integrationsprozess des Landes benötigt. Davon profitiert auch die EU. Das riesige landwirtschaftliche und militärische Potenzial der Ukraine wird Europa stärken. Auch Bundeswirtschaftsministerin Katharina Reiche hat bei ihrem Besuch in Warschau gemeinsam mit ihren EU-Kolleginnen und -Kollegen die Unterstützung Europas für den ukrainischen und moldauischen Energiesektor unterstrichen.

Dies alles zeigt: Die neue Bundesregierung hat Mittel- und Osteuropa auf dem Radar. Das ist eine gute Nachricht, denn die breite Präsenz deutscher Unternehmen in der Region ist längst eine Stütze der deutschen Wirtschaft. Der Einstieg in einen Friedensprozess in der Ukraine wäre ein echter „Game Changer“: Der damit verbundene Abbau von Risiken und der massive Wiederaufbau in der Ukraine würden der Konjunktur in der Region einen erheblichen Schub verleihen. Die deutsche Wirtschaft könnte davon spürbar profitieren.“

Die Handelszahlen im Detail finden Sie [hier](#).

## 2. Deutschland

---

### **Sanktionen: Neues Hinweispapier des Bundeswirtschaftsministeriums zu CNC-Maschinen**

Um russische Versuche zur Umgehung von Sanktionen bei der Beschaffung von so genannten CNC-Maschinen abzuwehren, hat das Bundeswirtschaftsministerium ein weiteres Hinweispapier für Unternehmen veröffentlicht, das auf der Internetseite abrufbar ist.

„Die Umgehung der EU-Sanktionen über Drittstaaten, insbesondere im Bereich der sogenannten kriegsrelevanten Güter der „Common High Priority List“ sowie der „Economically Critical Goods List“ der EU, schwächt die Wirkungen des europäischen Sanktionsregimes auf die russische Rüstungsindustrie immer noch ab“, schreibt das Ministerium. „Die russische Beschaffung agiert mit hohem Aufwand. Dies gilt insbesondere auch bei der Beschaffung von Computerized Numerical Controlled (CNC)-Fräs- und Drehmaschinen.“ Auch die Lieferung von Altmaschinen sowie die Lieferung vieler notwendiger Ersatzteile hat die EU verboten. Entsprechend setze Russland mit hohen finanziellen Mitteln auf international agierende Beschaffungsnetzwerke sowie auf Verschleierung. Das Hinweispapier führt Best Practice-Beispiele für die zielgerichtete Prävention russischer Beschaffungsversuche auf und erinnert nochmals an die Jedermanns-Pflicht zur Meldung aller Informationen zu potenziellen Sanktionsverstößen an die Kontaktadresse *Melderegister-Sanktionen@bafa.bund.de*.

Die Unterlagen zum Thema Sanktionen des Bundeswirtschaftsministeriums finden Sie gebündelt hier:

#### [BMW - Sanktionen](#)

-----

### **Neue Pläne für Nord Stream 2**

Die Betreibergesellschaft Nord Stream 2 AG mit Sitz im schweizerischen Zug und mit ihr die Pipelines zwischen Russland und Deutschland könnten doch noch eine Zukunft erhalten, dies berichtet Spiegel-online. Demnach könnten die Pipelines als Verhandlungsmasse in Gesprächen zur Beendigung des Krieges in der Ukraine werden. Gestützt wird diese Möglichkeit durch eine Entscheidung vom 12. Mai: Ein Gericht im schweizerischen Zug, wo die Nord Stream 2 AG ihren Sitz hat, hat überraschend einen Nachlassvertrag für das Unternehmen bestätigt, der eine Sanierung durch einen Schuldenschnitt ermöglicht.

Damit kommt die hoch verschuldete Betreibergesellschaft Nord Stream 2 AG um ein drohendes Insolvenzverfahren (Schweizerisch: Konkurs) vorerst herum. Die Gesellschaft, hinter der der russische Energiekonzern Gazprom steht, kann stattdessen weiter nach einem Investor suchen. Die Gläubiger der Gesellschaft in russischem Staatsbesitz hätten

sich am 30. April auf den Vertrag geeinigt, teilte das Gericht mit. Zu ihnen zählen westeuropäische Unternehmen wie OMV, Shell, Uniper oder Wintershall Dea.

Nach verschiedenen Medienberichten ist der US-Energieunternehmer Steven Lynch, ein Vertrauter Trumps, an Nord Stream 2 interessiert, einer der beiden Pipeline-Stränge ist noch intakt, während der zweite Strang, wie auch die Schwesterleitung Nord Stream 1 mutmaßlich durch Ukrainische Taucher Im Herbst 2022 gesprengt worden waren. Die nun verkündete Entscheidung zum Nachlassvertrag ist nach Spiegel-Einschätzungen gut für Lynch. Er könne weiter an einem Deal arbeiten. Im Falle eines Konkurses hätte der Genehmigungsprozess ganz von vorn beginnen müssen. Was schlecht für den amerikanischen Investor gewesen wäre. Mit Uniper steht einer der Gläubiger der Nord Stream 2 AG unter Kontrolle des Bundesfinanzministeriums. Er ist zu fast hundert Prozent im Besitz des deutschen Staates.

Nach Spiegel-Informationen hat noch die alte Bundesregierung Kontakt zu Investor Lynch aufgenommen. Man wollte abklopfen, wie ernst es der Investor wirklich meint. Das Ergebnis soll ziemlich klar gewesen sein: ziemlich ernst. Lynch, so sagen Insider, sei entschlossen, die Leitung zu kaufen.

In dem Streit zwischen den insgesamt fünf Konzernen und der Nord Stream 2 AG geht es jeweils um etwa 950 Millionen Euro – zuzüglich jährlicher Zinseinnahmen, die ihnen weggebrochen sind. Über die Zukunft der Pipeline, also einen möglichen Verkauf an Lynch oder sonst jemanden, entscheiden die Darlehensgeber offiziell nicht mit, da sie keine Miteigentümer sind. Darüber muss die Nord Stream 2 AG oder ihr alleiniger Eigentümer Gazprom entscheiden, schreibt der Spiegel.

Ein möglicher Kauf der Nord Stream 2 AG wäre auch für Lynch ein Risiko. Es ist nämlich nicht sicher, dass er für den Betrieb der Leitungen die Genehmigung der europäischen Behörden erhält. Lynch wiederum dürfte seine Investmentüberlegungen vor dem Hintergrund der Friedensverhandlungen mit Russland anstellen. Er soll laut Medienberichten bereits bei den US-Behörden eine Ausnahmegenehmigung für den Kauf der Pipeline-Firma gestellt haben. Denn bislang ist die Nord Stream 2 AG von den USA sanktioniert und ein Kauf damit für ein amerikanisches Unternehmen untersagt.

Würde die Betreibergesellschaft von Nord Stream in amerikanischem Besitz sein, so heißt es von Lynch, könne sie von der US-Regierung als Verhandlungsmasse verwendet werden. Vermutlich dürfte sich Lynch Hoffnungen machen, dass auch die heikle Frage mit der abschließenden Genehmigung des Betriebs durch die EU geklärt werden dürfte. Denn wenn es einen Friedensdeal gäbe, der die Pipeline mit einschließt, würde man sich zwischen den USA und Europa wohl auch über die Nord-Stream-Genehmigung einigen, vermutet der Spiegel.

[Nord Stream 2 wendet Insolvenz ab – weiter Investor-Suche - DER SPIEGEL](#)

-----

## Warum westliche Firmen ihre Markenrechte in Russland verlängern

Seit Beginn der russischen Invasion in der Ukraine im Februar 2022 haben einer Studie der ukrainischen Kyiv School of Economics (KSE Institute) zufolge mehr als 460 internationale Unternehmen ihre Geschäftstätigkeit in Russland eingestellt, indem sie ihre Vermögenswerte verkauft oder liquidiert haben. Demnach haben 59 globale Marken den russischen Markt vollständig verlassen. 25 dieser Unternehmen haben aber zunächst an der Registrierung ihrer Marken in Russland festgehalten, wie die DW nach einer Untersuchung der Datenbank des russischen Patentamtes "Rospatent" herausfand. Zu ihnen gehören das Möbelkaufhaus Ikea, die Fast-Food-Kette McDonald's, sowie die Autobauer Mercedes-Benz, Jaguar und Volvo.

Die übrigen 34 Unternehmen haben seit Februar 2022 bislang keine Anträge zur Nutzung ihrer Marken in Russland eingereicht, darunter der deutsche Konsumgüter- und Klebstoffhersteller Henkel und der finnische Energieversorger Fortum. Einige Unternehmen, etwa der Konsumgüterhersteller Unilever oder British American Tobacco, haben die Markenrechte an einigen ihrer Produkte an ihre ehemaligen russischen Niederlassungen übertragen. Formal haben sie mit ihnen nichts mehr zu tun. Insgesamt ist das Zertifikat für eine Marke zehn Jahre gültig und vielen Unternehmen, die vor Februar 2022 einen Antrag gestellt haben, bleibt noch etwas Zeit.

So hatte die deutsche Baumarktkette Obi schon 2021 einen Antrag auf Markenregistrierung gestellt, der aber erst Ende 2022 bewilligt wurde. Das geistige Eigentum des Unternehmens bleibt also theoretisch noch jahrelang geschützt. Allerdings kann es Ausnahmen geben. Nach russischem Recht darf ein Wettbewerber das Nutzungsrecht an einer "herrenlosen" Marke gerichtlich anfechten, wenn diese drei Jahre lang nicht genutzt wurde. So gelang es dem russischen Klimaanlagehersteller Rusklimat im März dieses Jahres, die Registrierung der Marke des schwedischen Konzerns Ericsson gerichtlich für nichtig erklären zu lassen.

Der russische Ökonom und Journalist Jan Melkumow sieht die Verlängerung von Markenrechten vor allem als formales Verfahren. Ein Antrag deutet darauf hin, dass sich ein Unternehmen in Russland nicht von seiner Marke trennen wolle. „Unternehmen möchten vermeiden, dass jemand anderes ihre Marken verwendet. Sie wollen kein Geld für Anwälte ausgeben und keine neue Registrierung durchlaufen“, erläutert er gegenüber DW.

Gleichzeitig betont Melkumow, dass sich angesichts der unruhigen politischen Lage und der hohen Risiken nur wenige große Unternehmen für eine Rückkehr nach Russland entscheiden würden. „Für sie ist das eine Frage strategischer Planung. Sollte sich die politische Lage in fünf oder zehn Jahren ändern, wird es für sie einfacher sein, ihre Präsenz wiederherzustellen“, sagt Melkumow.

[Wie westliche Firmen an Markenrechten in Russland festhalten – DW – 30.04.2025](#)

-----

## Gazprom will Bosch-Werk reaktivieren

Die Tochtergesellschaft von Gazprom, Gazprom Bytovye Sistemy, bereitet laut einem Bericht des russischen Kommersant die Wiederinbetriebnahme der Bosch-Werke in St. Petersburg vor, um dort bereits 2025 die Produktion von Kühlschränken und Waschmaschinen aufzunehmen. Experten sind der Meinung, dass ein bedeutender Marktanteil nur mit Produkten unter der deutschen Marke erreicht werden kann, da diese über eine etablierte und loyale Kundschaft verfügt. Bei einer offiziellen Rückkehr von Bosch nach Russland würde das Unternehmen jedoch wieder unter seine Kontrolle übergehen.

„Kommersant“ hat den Finanzbericht der GmbH ‚BSH Бытовые Приборы‘ (Eigentümerin der deutschen Bosch-Werke in St. Petersburg, seit 2024 von der AG ‚Gazprom Бытовые Системы‘ verwaltet) eingesehen, der in ‚SPARK-Interfax‘ veröffentlicht wurde. In einer Erläuterung heißt es, dass die AG plant, im Jahr 2025 die Produktion von Waschmaschinen und Kühlschränken aufzunehmen. Im Rahmen der Vorbereitungen für die Wiederinbetriebnahme des Werks werden derzeit die Anlagen eingestellt und angepasst, Rohstofflieferanten ausgewählt sowie Prototypen und Testmodelle der Geräte hergestellt. BSH Haushaltsgeräte und Gazprom Haushaltsgeräte AG haben auf eine Anfrage von „Kommersant“ nicht geantwortet.

BSH Haushaltsgeräte GmbH war seit 1994 in Russland tätig und auf die Produktion von mehr als 1 Million Kühlschränken und Waschmaschinen pro Jahr ausgelegt. Das Unternehmen ist auch im Kundendienst für Haushaltsgeräte der vier Marken Bosch, Siemens, Gaggenau und Neff tätig. Das Unternehmen verfügt über zwei Werke, die sich in der Ortschaft Strelina bei Sankt Petersburg befinden. Vor einem Jahr übertrug der russische Präsident Wladimir Putin die Werke von Bosch und dem italienischen Unternehmen Ariston an eine Tochtergesellschaft von Gazprom.

In den Erläuterungen zum Jahresabschluss der GmbH heißt es, dass das Unternehmen im gesamten Jahr 2024 kein einziges Produkt hergestellt und die Belegschaft von 635 auf 369 Mitarbeiter reduziert hat. Rechtlich gehört die GmbH „BSH Haushaltsgeräte“ nach wie vor zu 100 Prozent der deutschen Bosch. Insgesamt belief sich der Umsatz des Unternehmens im Jahr 2024 laut SPARK-Interfax auf 100 Millionen Rubel bei einem Nettoverlust von 1,7 Milliarden Rubel. „Gazprom“ ist seit langem im Bereich Haushaltsgeräte tätig und besitzt unter anderem die Marke für Gasherde Darina.

Nach Informationen einer Quelle des „Kommersant“ betreffen die Kosten für die Umrüstung der Fabriken zur Wiederaufnahme der Produktion auch die Software für die robotergesteuerte Montagelinie, da Bosch bei seinem Rückzug aus Russland die Lizenz für die Software „mitgenommen“ hat. Ihm zufolge ist der Produktionsstart für Sommer 2025 geplant.

Das Eigentum an den Vermögenswerten verbleibt bei Bosch, aber das Unternehmen hat die Möglichkeit verloren, an ihrer Verwaltung mitzuwirken, erklärt Roman Lobanov, Partner der Anwaltskanzlei White Stone. „Tatsächlich übt Gazprom die Funktion eines Verwalters der russischen Vermögenswerte von Bosch aus, indem es strategische Entscheidungen trifft und operative Tätigkeiten ausübt“, betont er und fügt hinzu, dass das Unternehmen das Recht hat, Produkte unter der Marke Bosch herzustellen. Mit der

Aufhebung des Präsidialdekrets zur Enteignung würden jedoch alle Aktivitäten des Unternehmens wieder an die deutsche Struktur zurückfallen.

Bosch kommentierte den Bericht laut Kommersant damit, dass es „keinerlei Geschäftsbeziehungen zu Russland“ unterhalte und nicht plane, dies zu ändern. Im März 2022 hatte der deutsche Konzern die Produktion in St. Petersburg gestoppt.

[Дочерняя структура «Газпрома» запустит производство бытовой техники в 2025 году](#)

-----

### **Anschlagspläne im Auftrag Moskaus**

Deutsche Ermittler haben womöglich russische Sabotageaktionen mit Paketbomben durchkreuzt. Nach Informationen des Spiegel hat Generalbundesanwalt Jens Rommel Anfang Mai drei Männer in diesem Zusammenhang festnehmen lassen. Die Zugriffe erfolgten in Konstanz, Köln und in der Schweiz.

Die Bundesanwaltschaft wirft den Ukrainern Vladyslav T., Daniil B. und Yevhen B. „Agententätigkeit zu Sabotagezwecken“ vor. Die Männer sollen sich gegenüber weiteren Personen zu schwerer Brandstiftung und dem Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion bereit erklärt haben. Die Aktionen seien mutmaßlich im Auftrag russischer Stellen geplant gewesen, hieß es in Sicherheitskreisen.

Nach Erkenntnissen der Ermittler starteten die Beschuldigten bereits Testläufe für eine geplante Aktion: So sollen sie an ukrainische Adressen adressierte Pakete mit GPS-Trackern versandt haben. Yevhen B. beschaffte demnach die Ortungsgeräte in der Schweiz und schickte sie an Daniill B. in Konstanz. Der wiederum ließ sie weiter nach Köln transportieren, von wo aus Vladyslav T. sie in die Ukraine verschickte. Dies sei geschehen, um Transportwege der Pakete auszukundschaften. In Ermittlerkreisen hieß es jedoch auch, das Verfahren sei noch in einem frühen Stadium.

Moskau dürfte bereits hinter mindestens zwei im vergangenen Jahr verübten Aktionen in Deutschland stecken, die glimpflich verliefen, aber in dieser Form unbekannt waren. Im Juli vergangenen Jahres brach in einem Transportcontainer auf dem Vorfeld des Flughafens Leipzig ein Feuer aus. Ausgelöst wurde der Brand wohl von einem an einen Empfänger in London adressierten Paket. Es enthielt einen versteckten Brandsatz, offenbar mit Zeitzünder versehen. Nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden hätte der Container bereits an Bord einer Frachtmaschine der Logistikfirma DHL sein sollen, als das Feuer ausbrach. Nur wegen einer Verspätung der Maschine sei das Flugzeug noch am Boden gewesen.

Drei Tage nach dem Zwischenfall von Leipzig ereignete sich in England ein ähnlicher Vorfall. Ein an eine Anschrift in Birmingham adressiertes Paket fing auf einem DHL-Gelände Feuer.

Weitere Attacken verhinderten deutsche Fahnder wohl im Frühjahr 2024. Damals ließ Generalbundesanwalt Rommel in Bayreuth den Deutschrussen Dieter S. verhaften. Nach

Überzeugung der Fahnder sollen er und zwei Komplizen potenzielle Anschlagziele in Deutschland ausgespäht haben. Dazu zählten wohl der bayerische US-Militärstützpunkt Grafenwöhr sowie der Standort eines Werkzeugherstellers in der Nähe von Bayreuth.

[Spionageverdacht: Ermittler fassen mutmaßliche Kreml-Saboteure - DER SPIEGEL](#)

-----

### **Linde AG droht Zwangsversteigerung in Russland**

Die staatliche russische Vermögensverwaltung Rosimushchestvo plant der russischen Agentur „Interfax“ zufolge die Versteigerung eines zehn-prozentigen Anteils an der zum Linde-Konzern zählenden Praxair Volgograd. Die Maßnahme steht im Zusammenhang mit einem Verfahren zur Eintreibung von Forderungen und Schadensersatz von der Muttergesellschaft Linde in Höhe von 112 Milliarden Rubel zugunsten von RusKhimAlyans LLC (RHA). Die Firma ist einer der Betreiber eines Komplexes zur Verarbeitung von ethanhaltigem Gas in Ust-Luga, einem Joint Venture von Gazprom und RusGazDobycha.

Der Startpreis des Loses beträgt offiziellen Angaben zufolge 346,4 Mio Rubel (3,8 Millionen Euro). Das Eigentum steht unter Zwangsverwaltung. Die Auktion ist für den 16. Juni geplant.

Gemäß einem Beschluss über die Übergabe des beschlagnahmten Vermögens zur Versteigerung wurde am 4. Juli 2024 auf Grundlage eines Vollstreckungsbescheids des Schiedsgerichts von St. Petersburg und der Region Leningrad ein Vollstreckungsverfahren eingeleitet. Das Gericht wandelte den Anteil von Linde zugunsten von RusKhimAlyans LLC um, indem es das Eigentum des Schuldners beschlagnahmte.

Der Prozess zwischen Linde, die mit Verweis auf Sanktionen die Arbeit in Russland eingestellt hatte, und RusKhimAlyans LLC begann im Dezember 2022 mit der Beschlagnahmung der russischen Vermögenswerte von Linde. Gefordert wird die Rückzahlung von 1,24 Milliarden Euro sowie einen Verlustausgleich. Linde hatte die Arbeiten im Juli 2021 aufgenommen und im Mai 2022 eingestellt und verwies dabei auf im April 2022 eingeführte EU-Sanktionen.

Im Februar 2024 gab das Schiedsgericht von St. Petersburg und der Region Leningrad der Forderung von RusKhimAlliance statt und forderte die Eintreibung von Schulden und Schadensersatz in Höhe von 112 Milliarden Rubel (1,24 Milliarden Euro).

## 3. Europäische Union

---

### 17. EU-Sanktionspaket gegen Russland verabschiedet

Der Europäische Rat hat am 20. Mai 2025 das inzwischen 17. Sanktionspaket gegen Russland verabschiedet. Mit dem Paket soll insbesondere Russlands Zugang zu Militärtechnologie weiter beschränkt und Energieeinnahmen verringert werden, die zur Finanzierung des Angriffskriegs gegen die Ukraine benötigt werden. Die Maßnahmen richteten sich unter anderem gegen 189 Schiffe der so genannte „Schattenflotte“, die russisches Öl in Drittländer transportiert, sowie gegen den russischen Ölkonzern Surgutneftegas.

Das 17. Paket sei zudem Teil eines noch umfassenderen Maßnahmenpakets der EU, das auch die hybriden Aktivitäten Russlands, die Menschenrechtsverletzungen im eigenen Land und den Einsatz von Reizstoffen durch russische Streitkräfte in der Ukraine im Rahmen von drei weiteren Sanktionsregelungen zum Ziel hat.

Hier die Maßnahmen im Detail:

#### Schattenflotte

Die EU hat das bislang umfangreichste Maßnahmenpaket gegen Putins Schattenflotte verabschiedet und die Zahl der Schiffe, die in die Liste der Schiffe aufgenommen wurden, denen der Zugang zu Häfen und die Erbringung einer breiten Palette von Dienstleistungen verboten ist, verdoppelt. 189 Schiffe aus Drittländern wurden neu gelistet, wodurch sich die Gesamtzahl der benannten Schiffe auf 342 erhöht. Die restriktiven Maßnahmen gegen die Schattenflotte zielen darauf ab, ihre operativen Kapazitäten zu zerschlagen und damit die Öleinnahmen zu verringern, die die Kriegswirtschaft Russlands stützen.

Darüber hinaus verhängt die EU individuelle Sanktionen (Einfrieren von Vermögenswerten und Verbot der Bereitstellung von Geldern) gegen das Ökosystem der Schattenflotte, insbesondere gegen Akteure, die den Betrieb der Schattenflotte ermöglichen. Diese Maßnahmen betreffen Reedereien, die für den Transport von Rohöl und Ölprodukten auf See verantwortlich sind und beim Transport von russischem Öl gefährliche Praktiken anwenden, darunter Unternehmen aus den Vereinigten Arabischen Emiraten, der Türkei und Hongkong. Auf der Liste steht auch ein wichtiger Versicherer der russischen Öltransportindustrie.

#### Energie

Um die Einnahmequellen Russlands weiter einzuschränken, verhängt die EU auch restriktive Maßnahmen gegen Surgutneftegaz, ein großes russisches Ölunternehmen. Ein bedeutendes russisches Öltransportunternehmen wird ebenfalls in die Liste aufgenommen. Im Rahmen des neuen Sanktionspakets hat die EU auch restriktive Maßnahmen gegen die Versicherungsgesellschaft VSK und die Dubai-Niederlassung von Lukoil (Litasco Middle East) verhängt. Nach Informationen von Bloomberg begründet die Europäische Union die Sanktionen gegen Litasco Middle East damit, dass das Unternehmen zum Ausbau der sogenannten russischen Schattenflotte beitrage, die den

von den G7 verhängten Ölpreisdeckel von 60 US-Dollar umgeht und erheblich zu den russischen Exporteinnahmen beiträgt.

### **Militärisch-industrieller Sektor**

Die EU verhängt Sanktionen gegen mehr als 45 russische Unternehmen und Personen, die die russische Armee mit Drohnen, Waffen, Munition, militärischer Ausrüstung, kritischen Komponenten und logistischer Unterstützung versorgen.

Unter voller Ausschöpfung des mit dem 16. Maßnahmenpaket verstärkten Rechtsrahmens weitet die EU nach eigenen Angaben die Sanktionen auch auf industrielle Unterstützer Russlands aus, beispielsweise russische und chinesische Unternehmen, die Werkzeugmaschinen an den russischen Militär- und Industriesektor liefern. Drei chinesische Unternehmen – darunter ein staatliches – sowie ein belarussisches und ein israelisches Unternehmen stehen neu auf der Sanktionsliste, weil sie kritische Komponenten für das russische Militär lieferten, unter anderem für die Herstellung von Drohnen.

Der Rat hat außerdem 31 neue Unternehmen in die Liste derjenigen aufgenommen, die strengeren Ausfuhrbeschränkungen für Güter und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck unterliegen, da sie nach EU-Einschätzung den militärisch-industriellen Komplex Russlands in seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine unterstützen. Einige dieser Unternehmen haben ihren Sitz in Drittländern (Serbien, Vereinigte Arabische Emirate, Türkei, Vietnam und Usbekistan) und waren an der Umgehung von Ausfuhrbeschränkungen beteiligt, unter anderem für unbemannte Luftfahrzeuge (UAV) oder computergesteuerte Werkzeugmaschinen.

### **Neue Güterlisten**

Die EU hat nach eigenen Angaben außerdem weitere Beschränkungen für die Ausfuhr von Gütern eingeführt, die zur militärischen und technologischen Aufrüstung Russlands, zur Entwicklung seines Verteidigungs- und Sicherheitssektors sowie zur Entwicklung oder Herstellung seiner militärischen Systeme beitragen, darunter chemische Vorprodukte für energetische Materialien und Ersatzteile für Werkzeugmaschinen. Dazu heißt es von Seiten der Kommission:

Chemische Ausgangsstoffe für energetisches Material. Es gibt Hinweise darauf, dass diese chemischen Vorläufer direkt oder indirekt als Treibmittel für russische Raketen verwendet werden. Folglich wurden Artikel wie Natriumchlorat, Kaliumchlorat, Aluminiumpulver, Magnesiumpulver und Borpulver zu dieser Verpackung hinzugefügt.

Ersatzteile und Komponenten für hochpräzise Computer Numerical Control (CNC)-Werkzeugmaschinen. Während Werkzeugmaschinen bereits weitgehend durch bereits bestehende Sanktionen abgedeckt sind, sind Ersatzteile wie Kugelgewindetriebe und Drehgeber für Russland unerlässlich, um seine industrielle Basis im Dienste des Militärsystems aufrechtzuerhalten.

## **Besetzte Gebiete**

Die neuen EU-Listen umfassen auch Maßnahmen gegen die Plünderung des kulturellen Erbes auf der Krim und die illegale Ausbeutung der landwirtschaftlichen Produktion der Ukraine.

## **Personensanktionen**

Mit der Aufnahme von 75 neuen Einträgen (17 Personen und 58 Organisationen) gelten die restriktiven Maßnahmen der EU gegen Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, nun für über 2400 Personen und Organisationen.

Die neu benannten Personen und Organisationen unterliegen einem Einfrieren ihrer Vermögenswerte, und EU-Bürgern und -Unternehmen ist es verboten, ihnen Gelder zur Verfügung zu stellen. Natürliche Personen unterliegen darüber hinaus einem Reiseverbot, das ihnen die Einreise in das Hoheitsgebiet der EU-Mitgliedstaaten und die Durchreise durch dieses Gebiet untersagt.

„Diese Sanktionsrunde gegen Russland ist zusammen mit den neuen Sanktionen im Bereich der hybriden Bedrohung, der Menschenrechte und der Chemiewaffen die umfassendste seit Beginn des Krieges. In dieses 17. Paket nehmen wir Surgutneftegas, einen russischen Ölriesen, sowie fast 200 Schiffe der russischen Schattenflotte auf. Während Putin Interesse an Frieden vortäuscht, sind weitere Sanktionen in Vorbereitung. Russlands Handlungen und diejenigen, die Russland unterstützen, müssen mit schwerwiegenden Konsequenzen rechnen. Je länger Russland seinen illegalen und brutalen Krieg fortsetzt, desto härter wird unsere Reaktion ausfallen“, sagte Kaja Kallas, die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik und Vorsitzende des Rates für Auswärtige Angelegenheiten, bei Vorstellung des Sanktionspaketes.

Der aktuelle Kurs für russisches Erdöl der Sorte Urals befindet sich bereits seit einigen Wochen deutlich unter der 60-Dollar-Marke. Russland hat sein Erdöl am 2. Mai für 48,92 US-Dollar bzw. 3987 Rubel pro Barrel verkauft, berichtete die Nachrichtenagentur Reuters. Das war der niedrigste Wert seit Mai 2023. Der Preis ist ein Durchschnittswert für die beiden russischen Exportsorten Urals und ESPO, eine etwas teurere Premiumsorte. Der Ölpreis lag um mehr als 40 Prozent unter dem Preis, der dem russischen Staatshaushalt 2025 ursprünglich zugrunde lag, führt Reuters aus. Diesem lag ein Ölpreis von 69,7 Dollar pro Barrel zugrunde. Weil der russische Haushalt mit einem Dollarkurs von 96,5 Rubel berechnet wurde, passte das russische Finanzministerium angesichts der Ölpreis- und Dollarschwäche seinen Haushaltsplan Anfang Mai an und senkte beide Werte auf 56 Dollar pro Barrel und 94,3 Rubel pro Dollar.

Seit der Einführung der Ölpreisobergrenze und der Sanktionen gegen die russische Schattenflotte durch die EU seien die entsprechenden Einnahmen Russlands um 38 Milliarden Euro zurückgegangen, betont die EU-Kommission. Die russischen Einnahmen im März 2025 lagen um 13,7 Prozent unter denen vom März 2023 und um 20,3 Prozent unter denen vom März 2022.

Hier die Ausführungsbestimmungen und neuen Listungen zum 17. Sanktionspaket:

Namen der neu gelisteten Schiffe und Reedereien:

[L\\_202500964DE.000101.fmx.xml](#)

Neulistungen von Unternehmen:

[L\\_202500932DE.000101.fmx.xml](#)

Maßnahmen gegen 17 Personen und 58 Organisationen, die für Handlungen verantwortlich sind, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen:

[L\\_202500933DE.000101.fmx.xml](#)

Maßnahmen gegen 21 natürliche und sechs juristische Personen:

[L\\_202500965DE.000101.fmx.xml](#)

Maßnahmen gegen 28 natürliche Personen:

[L\\_202500958DE.000101.fmx.xml](#)

Maßnahmen gegen Verbreitung chemischer Waffen:

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2025/959 des Rates vom 20. Mai 2025 zur Durchführung der Verordnung \(EU\) 2018/1542 über restriktive Maßnahmen gegen die Verbreitung und den Einsatz chemischer Waffen](#)

Übersicht:

[Official Journal L series daily view - EUR-Lex](#)

Pressemitteilung von Kaja Kallas:

[Russia's war of aggression against Ukraine: EU agrees 17th package of sanctions - Consilium](#)

[EU verabschiedet 17. Sanktionspaket gegen Russland - Europäische Kommission](#)

Medienbeiträge:

[Russia's oil price in roubles at two-year low, 40% below budgeted level, data shows | Reuters'](#)

[Putins Infokriegerin Alina Lipp: EU belegt erstmals Deutsche mit Sanktionen](#)

[Neue EU-Sanktionen gegen Russland: Zuckerbrot statt Peitsche | taz.de](#)

[Neue Russland-Sanktionen der EU zielen auf Einflussnahme in Deutschland](#)

[Ukraine-Russland-Krieg: EU-Staaten setzen 17. Sanktionspaket in Kraft - Schattenflotte anvisiert - DER SPIEGEL](#)

-----

## EU-Initiative gegen den Import russischer Energierohstoffe

Am 6. Mai hat die Europäische Kommission den REPowerEU-Fahrplan [veröffentlicht](#), der Schritte zu einer völligen Unabhängigkeit aller EU-Mitgliedsländer von russischem Öl, Gas und Uranbrennstäben festlegt. Bis Ende 2027 soll der Import russischer Energierohstoffe beendet werden. Dem Fahrplan liegt ein schrittweiser Ausstieg aus russischen Energierohstoffen vor. Ein solcher Ausstieg auf Raten hätte „nur begrenzte Auswirkungen auf die Preise und die Versorgungssicherheit in den Mitgliedstaaten“, heißt es in der sogenannten Roadmap der Kommission, aus der Spiegel-online zitiert.

„Wir werden nicht länger zulassen, dass Russland Energie gegen uns als Waffe einsetzt“, sagte der dänische EU-Kommissar für Energie Dan Jørgensen laut Medienberichten bei der Vorstellung des Plans in Straßburg. „Wir werden nicht länger indirekt dazu beitragen, die Kriegskasse des Kremls zu füllen.“

Gesetzesvorschläge, um die Roadmap umzusetzen, kündigt die Kommission für Juni an. Diese wird dann die Zustimmung des Europaparlaments benötigen, sowie eine qualifizierte Mehrheit der Mitgliedstaaten.

Bislang ist es in der EU erlaubt, Flüssigerdgas (LNG) aus Russland für den Eigenverbrauch zu importieren. Entsprechende Lieferungen landen zum Beispiel in belgischen, französischen oder spanischen Häfen an – und damit im europäischen Gasnetz. Insgesamt hätten voriges Jahr zehn EU-Mitgliedsstaaten Gas aus Russland importiert, schreibt die Kommission laut Spiegel-online.

Ein komplettes Embargo russischer Gaslieferungen hat die Kommission als Option verworfen. Es müsste dann der Europäische Rat bestehend aus den 27 Mitgliedsstaaten einstimmig beschließen. Das gilt als unrealistisch, wegen wahrscheinlicher Vetos aus Ungarn oder auch der Slowakei. Stattdessen versucht es die Kommission nun über das Energierecht; die Maßnahmen können dann mit qualifizierter Mehrheit beschlossen werden und die einzelnen Mitgliedsstaaten müssten die neuen Regeln dann jeweils in nationales Recht umsetzen. Das Problem aus Sicht der betroffenen europäischen Energiekonzerne: Ohne eindeutige Sanktionen drohen ihnen belastbare juristische Hebel zu fehlen, damit sie langfristige Lieferverträge mit der russischen Gazprom oder dem privaten Lieferanten Novatek einseitig beenden können, schreibt Spiegel-online.

Unternehmen wie Sefo – die ehemalige Gazprom Germania, die während der Energiepreiskrise verstaatlicht wurde – haben noch immer Altverträge mit sogenannten „Take or Pay“-Klauseln. Das bedeutet, dass die Käufer bis zu 95 Prozent der vereinbarten Mengen bezahlen müssen, selbst wenn sie kein einziges Molekül abnehmen sollten. In dem Fall könnte Russland die Mengen sogar ein zweites Mal verkaufen und abkassieren. Etwa zwei Drittel der Gasimporte aus Russland stammten noch aus solchen Langfristverträgen, schreibt die Kommission.

Europäischen Energiekonzernen drohen also milliardenschwere Schadenersatzforderungen vor internationalen Schiedsgerichten, wenn sie aus alten Abnahmeverpflichtungen aussteigen. Laut einer Idee, die schon länger in Brüssel kursiert, könnten sie sich auf höhere Gewalt berufen. Doch das ist juristisch heikel. Denn der Krieg in der Ukraine ist längst kein unvorhersehbares Ereignis mehr.

Den Ausfall russischen Erdgases hofft die EU-Kommission durch Lieferungen etwa aus den USA, Katar, Rumänien und Aserbaidschan sowie durch Einsparungen auffangen zu können. Von 2021 bis 2024 ist der Gasverbrauch der EU-Staaten bereits um 20 Prozent zurückgegangen, wie die Zahlen des US-amerikanischen Institute for Energy Economics and Financial Analysis (IEEFA) zeigen. Dies ist unter anderem auf sparsamere Verbraucher sowie auf den Ausbau erneuerbarer Energien zurückzuführen, wodurch weniger Gas zur Stromerzeugung nötig war. Auch der Ersatz alter Gasheizungen durch Wärmepumpen trägt dazu bei, den Importbedarf zu senken.

Wichtigster Gaslieferant der EU war 2024 Norwegen mit einem Anteil von 30 Prozent aller Importe. LNG aus den USA macht mittlerweile 25 Prozent der EU-Gasimporte aus, Lieferungen aus Russland decken noch etwa 14 Prozent des Verbrauchs, Algerien 13 Prozent. Rund zwei Drittel der russischen Gasimporte werden auf der Grundlage langfristiger Verträge in die geliefert, während rund ein Drittel auf Spotbasis (kurzfristig) bereitgestellt wird.

Die Roadmap der EU sieht im Detail eine Reihe von Gesetzen vor, die die Kommission im nächsten Monat im Entwurf vorlegen soll, um zur schrittweisen Einstellung der Einfuhr von russischem Öl, Gas und Kernenergie beizutragen.

Diese Gesetzesvorschläge umfassen:

- Gas:
  - Transparenz, Überwachung und Rückverfolgbarkeit: Verpflichtung der Unternehmen, den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten und der Kommission Informationen über russische Gasverträge (z. B. Mengen, Laufzeit) zu übermitteln. Die Kommission plant, Transparenzanforderungen *für alle Gasimporte in die EU* in die künftige Überarbeitung der Energieversorgungsarchitektur im Jahr 2026 aufzunehmen.
  - Gasimporte:
    - ein Verbot aller Importe im Rahmen *neuer* russischer Gasverträge und *bestehender Spotverträge* spätestens ab Ende 2025.
    - ein Verbot der verbleibenden Importe von russischem Gas, sowohl über Pipelines als auch in Form von Flüssiggas (im Rahmen bestehender langfristiger Verträge), das spätestens Ende 2027 in Kraft treten soll.
- Kernenergie:
  - Angereichertes Uran: Einführung von Maßnahmen für die Einfuhr von angereichertem Uran, um russische Einfuhren wirtschaftlich weniger rentabel zu machen.
  - ESA-Lieferverträge: Beschränkung neuer Lieferverträge, die von der Euratom-Versorgungsagentur mit russischen Lieferanten für Uran, angereichertem Uran und anderen Kernmaterialien ab einem bestimmten Zeitpunkt unterzeichnet werden.
  - Medizinische Radioisotope: Einrichtung einer europäischen Initiative „Radioisotopes Valley“ zur Steigerung der eigenen Produktion von medizinischen Radioisotopen.

- Erdöl:
  - Ölimporte: Die beiden Mitgliedstaaten, die noch Öl aus Russland importieren (Slowakei, Ungarn), müssen bis Ende 2027 eine nationale Strategie für Alternativen zu russischen Ölimporten vorlegen.
  - Umgehung von Sanktionen: Weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der Umgehung der EU-Ölsanktionen durch die russische „Schattenflotte“
- Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, bis Ende 2025 nationale Pläne auszuarbeiten, in denen sie darlegen, wie sie zur schrittweisen Einstellung der Einfuhren von russischem Gas, Kernenergie und Öl beitragen werden.

[EU to fully end its dependency on Russian energy](#)

[Gas: EU-Kommission plant Unabhängigkeit von Russland bis Ende 2027 - DER SPIEGEL](#)

-----

### **Veranstaltungsreihe zum neuen EU-Sanctions Helpdesk**

Im April hat die EU-Kommission ihr neues Beratungsangebot zum besseren Verständnis der EU-Sanktionen und zur Unterstützung der Compliance-Bemühungen der Wirtschaft vorgestellt. Das Angebot richtet sich insbesondere an Kleinere und Mittlere Unternehmen, denen eigene Compliance-Abteilungen fehlen. Beraten wird nicht nur zu den EU-Russlandsanktionen sondern allen EU-Sanktionsregimen. Um die Arbeit des neuen EU-Sanctions Helpdesk vorzustellen und zu optimieren, hat die EU-Kommission eine Reihe von Informationsveranstaltungen gestartet. Die EU ist sehr am Feedback von Unternehmensseite zu ihren Angeboten interessiert. Hier finden Sie die aktuellen Entwicklungen und Termine:

[Introducing the EU Sanctions Helpdesk: How your SME can get help - European Union](#)

-----

### **EU enteignet erstmals russisches Vermögen**

Das belgische Finanzdienstleistungsunternehmen Euroclear soll erstmalig russisches Geld konfiszieren und an westliche Investoren verteilen. Insgesamt gehe es dabei um eine Summe in Höhe von drei Milliarden Euro, berichtete Reuters am 2. Mai unter Berufung auf mit der Sache vertraute Quellen. Dieser Schritt gelte als Kompensation für die Investoren, deren Mittel von Moskau konfisziert wurden, und als direkte Reaktion auf die Maßnahme des Kremls.

Euroclear bediene sich dabei an einem Pool von zehn Milliarden Euro an russischen Geldern, die durch EU-Sanktionen im Zuge des Ukraine-Kriegs eingefroren wurden, berichtet die Frankfurter Rundschau. Dies sei das erste Mal, dass Geld direkt aus russischem Vermögen an westliche Akteure fließt. Vorher hatte die EU darauf geachtet,

nur die erzielten Zinsgewinne aus dem russischen Geld abzuschöpfen. Damit wäre es nun vorbei.

Offenbar hat Euroclear die Zustimmung der belgischen Behörden erhalten, um die Zahlung durchzuführen. Diese Maßnahme betrifft zwar eingefrorene russische Gelder, aber explizit nicht die 200 Milliarden Euro an finanziellen Reserven der russischen Zentralbank.

Investoren hatten Euroclear dazu gedrängt, die Mittel freizugeben. Zwei der Insider sagten laut dem österreichischen Medium Kurier.at, das Verfahren komme einer Art Tausch gleich: In Russland festgesetztes Vermögen westlicher Investoren werde gegen in der EU eingefrorene russische Mittel getauscht. In den vergangenen Monaten habe Russland 3 Mrd. Euro Barmittel beschlagnahmt, die von Euroclear bei einer Depotbank in Russland gehalten worden waren.

Euroclear habe deutlich gemacht, dass es als Verwahrer von Wertpapieren selbst Sanktionen umsetzt, aber keine Entscheidung über deren Form oder Ende trifft. Clearinghäuser verwahren Wertpapiere wie Aktien und Anleihen und wickeln Transaktionen derselben ab.

Der zur Deutschen Börse gehörende Wertpapier-Verwahrer Clearstream befindet sich einem Insider zufolge in einer ähnlichen Situation wie Euroclear, schreibt Kurier.at. Auch Clearstream werde eingefrorene Gelder aus Russland an westliche Investoren auszahlen - allerdings in einem kleineren Rahmen. Hier gehe es um mehrere hundert Millionen Euro. Zu dem nun erstmals ausführlich von den Insidern geschilderten Vorgehen lehnten Clearstream und auch die belgische Regierung eine Stellungnahme ab. Das russische Finanzministerium reagierte nicht auf eine Anfrage. Wessen Vermögenswerte beschlagnahmt und ausgezahlt werden, konnte die Nachrichtenagentur Reuters nicht ermitteln. Dasselbe gilt für die Frage, welche westlichen Investoren davon profitieren.

Das mutmaßliche Vorgehen löst auch Kritik aus: „Russisches Vermögen zu beschlagnahmen und es westlichen Investoren zu überlassen, wäre moralisch verwerflich“, sagte etwa Jacob Kirkegaard, Sanktionsexperte bei der Washingtoner Denkfabrik Peterson Institute for International Economics. „Es käme einer politischen Entscheidung gleich, westlichen Unternehmen Vorrang vor den Steuerzahlern zu geben.“ Schließlich müssten für den Wiederaufbau der Ukraine die Steuerzahler für jene Anteile einspringen, die nun nicht dem überfallenen Land, sondern den Investoren zugutekämen.

Der Kreml hatte mit Vergeltung gedroht, sollten westliche Länder russische Mittel konfiszieren, um sie der Ukraine zuzuschießen. Russland wiederum hatte 2024 extra seine Gesetzgebung geändert, um Konfiszierungen westlicher Vermögenswerte zu ermöglichen. Der Westen sucht noch nach Möglichkeiten, auch an die 200 Milliarden Zentralbankvermögen heranzukommen. Während die Ukraine die vollständige Beschlagnahme bereits seit 2022 fordert, besteht im Westen noch Sorge für die Unrechtmäßigkeit dieses Vorgehens; außerdem gibt es Sorge davor, dass internationale Handelspartner das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der EU verlieren.

Dieses Zögern hat dazu geführt, dass einige Länder bereits Alleingänge unternehmen. Estland beispielsweise hatte seinerseits ein Gesetz entworfen, dass die Nutzung von im

Land eingefrorenem russischen Vermögen erlaubte. Dabei handelte es sich jedoch um vergleichsweise geringe Beträge. Aus vielen anderen EU-Ländern, darunter Schweden, Frankreich und Polen, kommen verstärkt Rufe, dass die EU endlich das Zentralbankvermögen der Russen anfassen sollte.

[EU greift erstmals auf russisches Geld zurück – Eskalation gegen Putin](#)

[Wer die Milliarden von Russlands eingefrorenem Vermögen bekommt](#)

-----

### **Belgien verlangt internationale Koalition zur Sicherung russischer Zentralbankgelder**

In der EU wird die Gefahr gesehen, dass ein Teil der EU-Sanktionen gegen Russland in diesem Sommer beispielsweise wegen eines ungarischen Vetos nicht verlängert werden. Daher wird laut einem Bericht von Euractiv bereits an einem Mechanismus gearbeitet, etwa die eingefrorenen russischen Zentralbankgelder zu sichern. Belgiens neuer Außenminister Maxime Prévot erklärte laut Euractiv, sein Land sei bereit, sich für die Bildung einer internationalen Koalition einzusetzen, um die Einfrierung russischer Vermögenswerte aufrechtzuerhalten.

Die in Belgien ansässige Clearingstelle Euroclear hält den Löwenanteil der sanktionierten russischen Vermögenswerte in Europa – geschätzt auf mehr als 180 Milliarden Euro an öffentlichen und privaten Vermögenswerten –, die die EU nach dem vollständigen Einmarsch Russlands in die Ukraine im Februar 2022 eingefroren hat. Diese Sanktionen müssen jedoch bis Ende Juli einstimmig verlängert werden. EU-Diplomaten gehen davon aus, dass Ungarn versuchen wird, die Maßnahmen zu kippen.

Im Gespräch mit Euractiv betonte der belgische Außenminister: „Wir könnten eine neue internationale Rahmeninitiative ins Leben rufen, die die Vermögenswerte in Euroclear zwangsweise belassen würde, oder eine nationale Initiative des belgischen Parlaments wäre eine weitere Alternative.“ In beiden Fällen werde Belgien nicht allein handeln können. „Wir müssen die Risiken unbedingt bündeln. Wir brauchen unbedingt einen gemeinsamen Ansatz, angesichts der rechtlichen und finanziellen Risiken.“

Die Zeit dränge, betonte der Außenminister „Daher ist es wirklich wichtig, in den kommenden Wochen einen klaren Prozess festzulegen, bevor wir über das 17.

Sanktionspaket entscheiden müssen.“ Belgien werde es auf keinen Fall allein wagen und das Risiko eingehen, von Russland vor verschiedenen Gerichten verfolgt zu werden. „Wir brauchen starke schriftliche Zusagen von den anderen Ländern – vielleicht nicht nur von den EU-Ländern, sondern auch von Großbritannien, Kanada und anderen.“

Zu Spekulationen, die EU würde eventuell ihre Sanktionen aufheben, falls sie

diesbezüglich durch die US-Administration unter Druck gesetzt würde, sagte Prévot:

„Aber wenn [Trump] nur anruft und darum bittet – sicherlich nicht. Es hängt jedoch davon ab, ob dies Teil einer globalen Vereinbarung zur Erreichung eines Friedensprozesses ist und ob dies mit Zustimmung aller Parteien geschieht. In diesem Fall, warum nicht?“

[EXCLUSIVE: Belgium pushes ‘coalition of the willing’ to keep Russian assets frozen -](#)

[Euractiv](#)

-----

## **Polen schließt russische Supermarkt-Kette**

Polen hat Sanktionen gegen die russische Discount-Supermarktkette MyPrice verhängt, die in Russland unter dem Label Svetofor-Kette bekannt ist und vor kurzem an zwei Standorten in Polen wieder aktiv wurde, wie Märkte Weltweit Medien berichtet. Die Behörden begründeten ihr Vorgehen „bne intellinews“ zufolge mit der Besorgnis über die indirekte Unterstützung der russischen Aggression gegen die Ukraine.

Die sanktionierte Supermarktkette, die unter der Marke Mere auftritt, ist für ihr kostengünstiges Einzelhandelsmodell bekannt und hat ihre Präsenz in verschiedenen europäischen Ländern ausgebaut, nachdem sie sich in Russland gut etabliert hatte. Nach polnischen Angaben sind die Geschäfte des Unternehmens in Polen mit Einrichtungen verbunden, die als Unterstützer der russischen Militäraktionen identifiziert worden sind. „Mit der Verhängung dieser Sanktionen wollen wir alle wirtschaftlichen Aktivitäten verhindern, die den Aggressor unterstützen könnten.“ Zu den Sanktionen gehören das Einfrieren der Vermögenswerte des Unternehmens in Polen und das Verbot jeglicher Finanztransaktionen mit dem Unternehmen.

Das Unternehmen war unter dem Namen Torgservis PL tätig und kehrte vor kurzem mit seiner Discountkette MyPrice, die Ende 2024 eröffnet wird, nach Polen zurück. Die Kette war zuvor in Europa unter dem Namen Mere tätig, musste aber nach dem Einmarsch in die Ukraine schließen. Das Unternehmen gehört den russischen Brüdern Sergey und Andrey Shnyder, die auch die Discount-Supermarktkette Svetofor (Ampel) betreiben, die laut Forbes über 2.000 Filialen in Russland hat.

Verschiedenen Berichten zufolge hat Svetofor unter dem Radar der Sanktionen in aller Stille Filialen in Europa eröffnet und 2024 eine ungarische Filiale in Betrieb genommen.

-----

## **Bulgarien erwägt US-Einstieg bei Turkstream**

Ein US-Investor könnte sich an der bulgarischen Pipeline beteiligen, durch die russisches Erdgas nach Europa gelangt, dies berichtet das Wall Street Journal. Demnach verhandelt der Hedgefonds Elliott Investment Management über den Kauf eines Anteils an der Fortsetzung der TurkStream-Pipeline durch Bulgarien. Die Schwarzmeerpipeline ist zurzeit der einzige Transportweg für russisches Pipelinegas nach Europa. Für die Durchleitung erhält Bulgarien jährlich 350 Millionen Dollar von Russland. Eine amerikanische Beteiligung würde die Risiken von US-Sanktionen gegen die Pipeline verringern, glaubt die bulgarische Regierung laut Insidern. Ein weiteres Motiv des EU-Landes sei ein besseres Verhältnis zu US-Präsident Trump.

[Exclusive | Elliott Eyes Bet on Pipeline Carrying Russian Gas - WSJ](#)

-----

## **Litauen führt Ausreisebeschränkungen für Russen ein**

In Litauen sind Ausreisebeschränkungen für im Land lebende Russen in die Russische Föderation und nach Belarus in Kraft getreten, dies berichtet die russische Nachrichtenagentur Tass. Die neuen Regelungen sehen die automatische Aufhebung der befristeten Aufenthaltsgenehmigung für diejenigen vor, die innerhalb von drei Kalendermonaten „ohne triftigen Grund“ mehr als einmal in die Russische Föderation oder nach Belarus gereist sind. Nach Angaben der Migrationsbehörde leben in Litauen etwa 14.700 Russen mit einer Aufenthaltsgenehmigung. Eine ähnliche Maßnahme wurde für belarussische Staatsbürger vorgeschlagen, aber vom litauischen Parölament Seimas nicht unterstützt.

Diese Maßnahme ist Teil eines Pakets nationaler Sanktionen gegen russische und belarussische Staatsbürger. Die Geltungsdauer der Beschränkungen wurde nun bis zum 2. Mai 2026 verlängert.

<https://tass.ru/mezhdunarodnaya-panorama/23842973>

-----

## **Neue FAQ**

Am 28. April hat die EU-Kommission neue FAQ zu ihren Dienstleistungssanktionen gegen Russland und Belarus veröffentlicht.

[Provision of services - European Commission](#)

[Frequently asked questions on provision of services concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine](#)

## 4. Russland

---

### **Putins Kampfansage an ausländische Unternehmen mit Rückkehrabsichten**

Das Morgentelegramm der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer berichtet über ein Treffen des russischen Präsidenten Wladimir Putin mit dem Präsidenten des Unternehmervverbandes „Delowaja Rossija“ Alexej Repik. Dabei tauschte man sich über den Umgang mit ausländischen Unternehmen aus, die nach Russland zurückkehren wollten. Offenbar rechnet man in Russland weiterhin mit einem steigenden Interesse aus dem Ausland, trotz der aktuell nur geringen Fortschritte im Friedensprozess. Klar ist, dass man Unternehmen, die nach ihrem Exit wieder in Russland aktiv werden wollen, nicht mit offenen Armen empfangen wird. Repik forderte einen klaren Fokus auf einheimische Unternehmen: „Der inländische Investor sollte unsere absolute Priorität sein.“ Putin wiederum wird in dem Bericht wie folgt zitiert: „Ich kenne viele Wirtschaftsvertreter in Europa und den USA seit Jahrzehnten. Für sie wäre es kein Problem, sich zu entschuldigen. Um auf unseren Markt zurückzukehren, würden sie auch nicht davor Halt machen, uns auf die Lippen zu küssen. Das reicht uns aber nicht. Wir müssen pragmatisch sein. Wenn es uns nützt, dass ein Unternehmen zurückkommt, dann soll es gerne zurückkommen. (...) Wenn es aber uns nichts nützt, dann sollten wir 1000 Gründe finden, warum dieses Unternehmen nicht hier sein sollte. Und von diesen 1000 Gründen würden 999 voll und ganz den WTO-Anforderungen entsprechen. Und über den einen verbleibenden Grund würde man sich mindestens 15 Jahre lang vor Gericht streiten.“

-----

### **Verbot für Amnesty in Russland**

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International sieht sich in Russland Repressionen ausgesetzt, wie Spiegel-online berichtet. Die Generalstaatsanwaltschaft in Moskau erklärte die NGO zur „unerwünschten Organisation“. Die Einstufung bedeutet ein faktisches Verbot der Organisation. Die russische Justiz sieht in Amnesty laut Begründung ein „Zentrum zur Vorbereitung globaler russophober Projekte“. Insbesondere die Stellungnahmen zum Ukrainekrieg stoßen der krenltreuen Generalstaatsanwaltschaft offenbar auf: Amnesty tue „alles Mögliche, um die militärische Konfrontation in der Region zu intensivieren“, heißt es demnach von der Behörde. Auch würde Amnesty die „Verbrechen ukrainischer Neonazis rechtfertigen“. Die Erklärung folgt damit der seit Jahren vom Kreml verbreiteten Propaganda, die Ukraine werde von „Neonazis“ regiert.

Die Erklärung zur »unerwünschten Organisation« bedeutet, dass Amnesty jegliche Arbeit in Russland umgehend einstellen muss. Wer weiter für eine entsprechend eingestufte Organisation arbeitet, riskiert mehrjährige Haft. Vor Amnesty waren laut der Nachrichtenagentur AP bereits mehr als 220 andere krenlkritische Organisationen und Medien als „unerwünscht“ benannt worden, darunter auch eine Reihe deutscher Organisationen.

[Amnesty International: Russland stuft Menschenrechtsorganisation als »unerwünscht« ein - DER SPIEGEL](#)

### Neue Sanktionen gegen Russland in Planung

In den USA werden neue Wirtschaftssanktionen gegen Russland vorbereitet. US-Außenminister Rubio sagte am 17. Mai laut Handelsblatt, man habe Moskau deutlich gemacht, dass sich im Parlament eine breite Mehrheit für zusätzliche Maßnahmen abzeichne, sollte es keine Fortschritte in den Ukrainegesprächen geben. Die Sanktionen werden gegenwärtig in beiden Häusern des Kongresses vorbereitet und könnten mit entsprechenden Mehrheiten auch gegen die Pläne der US-Regierung eingeführt werden. Die Regierung habe den Kongress zwar um etwas Aufschub gebeten, um Raum für Verhandlungen zu lassen, könne den Prozess aber letztlich nicht aufhalten. Auf die Frage, ob Moskau lediglich Zeit gewinnen wolle, sagte Rubio: „Genau das testen wir gerade.“

Im US-Senat sind nach Angaben des republikanischen Senators Lindsey Graham 74 von 100 Senatoren inzwischen für einen Gesetzentwurf mit dem Titel „Sanctioning Russia Act of 2025“ über „vernichtende“ Sanktionen gegen Russland, die verhängt werden sollen, wenn Moskau Friedensgespräche ablehnt. Dies erklärte einer der Autoren des Gesetzentwurfs, der Republikaner Lindsey Graham, schreibt Bloomberg. Unter Grahams Unterstützern ist auch der Führer der republikanischen Mehrheit im Senat John Thune und der Führer der Demokraten Chuck Schumer. Die Zahl reiche aus, damit der Gesetzentwurf im Senat verabschiedet werden kann. Ehe die Sanktionen eingeführt werden können, ist aber auch eine Abstimmung der Vorschläge mit dem Repräsentantenhaus notwendig.

Graham geht davon aus, dass der Gesetzentwurf im Senat in Kürze 80 Unterstützer unter den 100 Senatoren haben werde. „Das Ziel [der Initiative] ist es, dem Präsidenten zu helfen“, erklärte Graham, der als einer der wichtigsten Mitarbeiter Trumps im Senat gilt.

Der überparteiliche Gesetzentwurf zu Primär- und Sekundärsanktionen gegen Russland sieht unter anderem Zölle von 500 Prozent auf US-Importe aus Russland sowie aus Ländern vor, die russisches Öl, Erdölprodukte, Erdgas oder Uran kaufen. Es impliziert auch weitere Sanktionen gegen jedes Land, das Uran aus Russland kauft. Darüber hinaus sieht der Gesetzentwurf ein Verbot für US-Finanzinstitute vor, in Organisationen zu investieren, die mit der russischen Regierung in Verbindung stehen, und US-Bürgern wird der Kauf russischer Staatsanleihen und Aktivitäten zur Unterstützung der russischen Öl- und Gasindustrie untersagt. Außerdem soll das frühere Sanktionspaket CAATSA aus dem Jahr 2018 vollständig umgesetzt werden.

Die Sekundärsanktionen der USA würden vor allem Indien und China treffen, erklärte ein Experte des wiiw. „China ist mittlerweile der wichtigste Handelspartner Russlands und war 2024 für rund 40 Prozent der russischen Importe und 30 Prozent der russischen Exporte verantwortlich. Auch die Einfuhr wichtiger Importgüter für die Militärindustrie findet über China und Hongkong statt.“ Daneben spiele auch Indien eine zentrale Rolle. „China und Indien absorbieren mehr als die Hälfte der gesamten russischen Ölexporte“, so Astrov.

Dass sich China nicht an den westlichen Sanktionen gegen Russland beteiligt, sei absehbar gewesen. Dass Indien neutral bleiben würde, sei ebenfalls keine große Überraschung gewesen. „Die große Überraschung war die Türkei. Weil sich die Türkei den westlichen Sanktionen ebenfalls nicht angeschlossen hat, obwohl die Türkei Nato-Mitglied ist und eine Zollunion mit der Europäischen Union hat.“

Wie stark eine Verschärfung der US-Sekundärsanktionen durch Donald Trump Russlands Partner treffen würden, lässt sich trotzdem nur schwer voraussagen. Denn nach aktuellen Recherchen der Nachrichtenagentur Reuters haben russische Banken ein spezielles Verrechnungssystem namens „China Track“ aufgebaut, um den Zahlungsverkehr mit China abzuwickeln und westlichen Sanktionen zu entgehen.

Vor dem Hintergrund der Verhandlungen zur Beendigung des russisch-ukrainischen Krieges, die Washington getrennt mit Kiew und Moskau führt, hatten die Vereinigten Staaten vorgeschlagen, die gegen Russland verhängten Sanktionen zu lockern. Es wird davon ausgegangen, dass dies geschehen kann, wenn sich die Kriegsparteien auf einen Waffenstillstand einigen. Gleichzeitig drohten die Vereinigten Staaten während der Verhandlungen, dass sie neue Sanktionen gegen die Russische Föderation verhängen würden, sollte ein solches Abkommen nicht zustande kommen.

Nach Informationen der Nachrichtenagentur Reuters versucht auch der Nationale Sicherheitsrat der USA derzeit, „eine Reihe von Strafmaßnahmen gegen Russland zu koordinieren“. Diese müssten allerdings von Präsident Trump genehmigt werden. „Es ist allein seine Entscheidung“, bestätigte ein US-Beamter gegenüber Reuters. „Der Präsident hat von Anfang an deutlich gemacht, dass er sich für einen vollständigen und umfassenden Waffenstillstand einsetzt“, sagte James Hewitt, Sprecher des Nationalen Sicherheitsrats. Ohne den Bericht zurückzuweisen, betonte er: „Wir äußern uns nicht zu den Details laufender Verhandlungen.“

Gesetzentwurf „Sanctioning Russia Act of 2025“ von Lindsey Graham:  
[Sponsored Bills - United States Senator Lindsey Graham](#)

Weitere Informationen:

[Congress ready to impose sanctions on Russia - Rubio explains when it can happen | RBC-Ukraine](#)

[Ukraine-Krieg: Russland provoziert den Westen mit neuen Drohnenangriffen](#)

[Ukrainekrieg: USA verschärfen Kurs gegen Russland - Gazprom offenbar im Visier](#)

[Более 70 сенаторов США поддержали законопроект о «сокрушительных» санкциях против России. Их предлагают ввести, если Москва откажется от мирных переговоров — Meduza](#)

[Krieg gegen die Ukraine: So will Trump Putin jetzt an den Verhandlungstisch in Istanbul zwingen - WELT](#)

-----

## **Weiter Spekulationen um amerikanische Erdgas-Deals mit Russland**

Vertreter Russlands und der USA sollen Anfang Mai erneut darüber beraten haben, wie Washington bei der Wiederaufnahme der russischen Gaslieferungen nach Europa helfen kann, berichtet die Agentur Reuters unter Berufung auf acht mit den Verhandlungen vertraute Quellen. Die Seiten diskutierten die Möglichkeit, dass amerikanische Investoren Anteile an dem Projekt „Nord Stream“ oder an der durch die Ukraine verlaufenden Pipeline oder an „Gazprom“ erwerben könnten, behaupten die Gesprächspartner der Agentur. Wie Reuters schreibt, könnten amerikanische Unternehmen als Käufer auftreten, indem sie russisches Gas kaufen und nach Europa – darunter auch nach Deutschland – liefern.

Die Wiederherstellung Russlands als Gaslieferant für die EU könnte zu einer friedlichen Einigung im russisch-ukrainischen Konflikt beitragen, und die Beteiligung der USA würde helfen, den Widerstand einiger europäischer Länder zu überwinden, erklären die Gesprächspartner. Für die USA wäre dieses Szenario von Vorteil, da sie so die Möglichkeit hätten, die nach Europa gelieferten russischen Gasmengen zu kontrollieren, sagten mehrere Gesprächspartner der Agentur.

Nach Angaben von Reuters wurde diese Frage vom Sonderbeauftragten des US-Präsidenten, Steve Witkoff, und dem Sonderbeauftragten des russischen Präsidenten für Investitions- und Wirtschaftskooperation, Kirill Dmitrijew, erörtert. Die Berichte wurden von beiden Seiten aber nicht bestätigt.

Die EU lehnt eine Reaktivierung russischer Pipelines hingegen ab und plant bis Ende 2027 den Ausstieg aus sämtlichen russischen Lieferungen. „Einige sagen immer noch, dass wir den Hahn für russisches Gas und Öl wieder aufdrehen sollten. Das wäre ein Fehler von historischer Tragweite, und das werden wir niemals zulassen“, sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 7. Mai.

[Bloomberg узнал о разработке ЕС санкций против «Сургутнефтегаза» и ВСК — РБК](#)

-----

## **McDonald`s &Co. planen keine Rückkehr nach Russland**

McDonald`s, Coca-Cola und Mastercard sehen weiterhin Risiken für eine Geschäftstätigkeit in Russland und planen derzeit keine Rückkehr in das Land, berichtet „Bloomberg“ unter Berufung auf die Antworten der Unternehmen an die Interessengruppe B4Ukraine Coalition. Darüber schreibt die unabhängige Publikation „Moscow Times“.

Die B4Ukraine Coalition hatte ihre Untersuchung eingeleitet, nachdem Berichte in russischen Medien und Spekulationen in den sozialen Medien darauf hindeuteten, dass westliche Marken, die Russland wegen der umfassenden Invasion in der Ukraine verlassen hatten, den Wiedereintritt in den Markt vor dem Hintergrund des

diplomatischen Tauwetters zwischen den USA und Russland unter Präsident Donald Trump vorbereiten.

In einem von John Banner, dem Global Chief Impact Officer von McDonald's, unterzeichneten Brief erklärte der Fast-Food-Riese, dass er an dem Rahmen von fünf Fragen festhält, den er bei seiner Entscheidung, Russland 2022 zu verlassen, verwendet hat. „Die Prinzipien hinter diesen Fragen, die uns bei unserer Entscheidung, einen wichtigen Markt zu verlassen und unser Portfolio an McDonald's Restaurants zu verkaufen, geleitet haben, gelten auch heute noch“, so Banner.

In seinem Schreiben erklärte Coca-Cola, dass „Sanktionsregelungen und andere rechtliche Hürden bestehen bleiben, die sich auf alle Überlegungen zur Rückkehr auf den russischen Markt auswirken.“ In einer von „Bloomberg“ zitierten E-Mail teilte Mastercard mit, dass „sich unser Status in dem Land heute nicht geändert hat“.

-----

## 6. Sanktionen weiterer Länder

---

### Großbritannien

#### Sanktionen gegen Tanker, russisches Militär, Energie- und Finanzsektor

Großbritannien hat in Absprache mit der EU am 20. Mai ebenfalls weitreichende Sanktionen gegen Russland angekündigt. 100 Sanktionsziele aus dem russischen Militär, dem Energiesektor, dem Finanzsektor und aus Kreisen, die Putins Informationskrieg gegen die Ukraine führen, werden neu gelistet. Großbritannien will zudem mit seinen Partnern daran arbeiten, die Ölpreisobergrenze zu verschärfen, um Russlands Öleinnahmen einzuschränken

Zuvor hatte die britische Regierung bereits das „größte Sanktionspaket der Geschichte“ gegen Öltanker vorgestellt, die laut London mit der russischen Schattenflotte in Verbindung stehen. Davon sind rund 100 Schiffe betroffen. Wie auf der Website der britischen Regierung mitgeteilt wurde, hätten diese Tanker seit Anfang 2024 Fracht im Wert von über 24 Milliarden Dollar transportiert. Einige der Schiffe hätten kritische Unterwasserinfrastrukturen beschädigt, heißt es in der Mitteilung. Großbritannien ist stark von der Unterwasserinfrastruktur abhängig, nicht nur in Bezug auf die Kommunikation, die durch Telekommunikationskabel gewährleistet wird, sondern auch in Bezug auf die Versorgung mit lebenswichtigen Energieträgern wie Strom, Öl und Gas, wie das Kabinett betonte.

Die russischen Behörden bezeichneten die Vorwürfe gegen Moskau wegen der Beschädigung von Unterwasserkabeln als unbegründet und absurd. Im Außenministerium geht man davon aus, dass der Westen auf diese Weise den Export von russischem Öl einschränken will. Das Ministerium erklärte, dass es Versuche, die Schifffahrtsrechte

russischer Schiffe einzuschränken, als unfreundlichen Schritt betrachten werde, „auf den unvermeidlich harte Gegenmaßnahmen folgen werden“.

[UK announces major sanctions in support of Ukraine - GOV.UK](#)

[Prime Minister to announce largest ever sanctions package targeting shadow fleet as UK ramps up pressure on Russia - GOV.UK](#)

[Bloomberg узнал о разработке ЕС санкций против «Сургутнефтегаза» и ВСК — РБК](#)

## 7. Blick über den Tellerrand

---

### **US-Repräsentantenhaus bereitet harte Sanktionen gegen Georgien vor**

Das US-Repräsentantenhaus hat parteiübergreifend das so genannte MEGOBARI-Gesetz mit 349 zu 42 Stimmen verabschiedet. Es sieht Sanktionen gegen Funktionäre der Regierungspartei Georgischer Traum (GD) und der Regierung sowie deren Familienmitglieder und Unterstützer vor, wie der Export Manager berichtet. Für die Einführung von Sanktionen wird aber noch ein entsprechender Beschluss des US-Senats benötigt.

Die georgische Regierung hatte im letzten Jahr die EU-Beitrittsverhandlungen abgebrochen, was zu einer anhaltenden Protestwelle führte. US-Abgeordnete und georgische Demonstranten fordern „Interpressnews“ zufolge unverändert eine Wiederholung der georgischen Parlamentswahlen vom Oktober 2024 und die Freilassung aller bei den Protesten inhaftierten Personen sowie die Rückkehr auf den europäischen Weg.

Der US-Abgeordnete Joe Wilson veröffentlichte unterdessen eine Liste georgischer Beamter, gegen die im Rahmen des MEGOBARI-Programms Sanktionen verhängt werden sollen. Dazu gehören der georgische Premierminister Irakli Kobachidse, der Bürgermeister von Tiflis, Kacha Kaladse, der Parlamentssprecher Schalwa Papuaschwili, der Innenminister Wachtang Gomelarui, eine Reihe hochrangiger Richter und Geschäftsleute, der georgische Generalstaatsanwalt Giorgi Gabitaschwili und der Eigentümer des regierungsnahen georgischen Fernsehsenders Imedi, Irakli Rukhadse.

-----

### **Teilaufhebung der Sanktionen gegen die EU**

Nach mehr als vier Jahren sind Chinas Reisebeschränkungen gegen vier amtierende EU-Parlamentarier und weitere Komiteemitglieder des Europaparlaments Geschichte. Abgezeichnet hatte sich die Teilaufhebung der chinesischen Sanktionen bereits seit einiger Zeit, wie China-Table berichtet. Die offizielle Erklärung der EU-Parlamentspräsidentschaft ließ jedoch vieles offen. Roberta Metsola verwies lediglich auf „die Entscheidung der chinesischen Behörden, die Sanktionen gegen alle Mitglieder (sowie deren Familien) und Ausschüsse des Europäischen Parlaments aufzuheben“.

Die Sanktionen gegen ehemalige Parlamentarier, unter anderem den früheren Vorsitzenden der China-Delegation Reinhard Bütikofer, und gegen außerparlamentarische Akteure wie den Thinktank Merics oder den Forscher Adrian Zenz bleiben hingegen offenbar in Kraft. Dennoch sagte Bütikofer im Gespräch mit Table.Briefings: „Die Teilaufhebung der Sanktionen ist ein Erfolg des Europäischen Parlaments.“ Die EU habe sich nicht dazu drängen lassen, auf die Vorbedingungen der chinesischen Seite einzugehen. Er bedauere es jedoch, „dass das Europäische Parlament sich nicht bemüht hat, die Sanktionen gegen die übrigen Sanktionierten auch zu thematisieren“.

Auch die Bundesregierung könnte sich für die Aufhebung der weiteren Sanktionen engagieren, so Bütikofer. „Das hat sie meines Wissens bislang nie getan. Immerhin geht es unter anderem um Europas wichtigsten China-Thinktank Merics.“

Die chinesischen Sanktionen ergingen ursprünglich in Reaktion auf EU-Strafmaßnahmen gegen vier chinesische Offizielle und eine staatliche Organisation in Xinjiang. Mit dem Vorwurf von Menschenrechtsverletzungen gegenüber der Volksgruppe der Uiguren verhängten die EU-Außenminister damals Einreiseverbote und froren Vermögenswerte der Beschuldigten ein.

## 8. Termine

---

### **Save-the-date:**

**11. Juni 2025                      Jahresveranstaltung des Ost-Ausschusses und Jahrbuch**

Die Jahresveranstaltung des Ost-Ausschusses mit den Gremiensitzungen für alle Mitgliedsunternehmen und dem Abendempfang mit Freunden und Partnern des Ost-Ausschusses findet in diesem Jahr am 11. Juni im Hotel de Rome und im Humboldt-Forum in Berlin statt. Merken Sie sich bitte den Termin bereits vor. Die persönlichen Einladungen werden aktuell versendet.

Anlässlich der Jahresveranstaltung wird auch das neue Ost-Ausschuss-Jahrbuch veröffentlicht. In den ausführlichen Berichten aus unseren Regionaldirektionen erfahren Sie mehr über die Aktivitäten des Ost-Ausschusses. Im Mittel- und Osteuropa Jahrbuch finden Sie außerdem Länderprofile mit Zahlen, Daten und Fakten zu allen 29 Zielländern des Ost-Ausschusses sowie Informationen zu unseren Projekten und Schwerpunktthemen. Eine Übersicht aller Mitglieder in den Ost-Ausschuss-Gremien sowie ein Kontaktverzeichnis der Mitgliedsunternehmen runden das Jahrbuch ab.

Für das Jahrbuch können Sie noch Anzeigen schalten. Das Jahrbuch wird kostenfrei an Mitglieder und Partner des Ost-Ausschusses versandt, bei vielen Veranstaltungen des Ost-Ausschusses ausgelegt und kann bei der MWM Medien bezogen werden.

## 9. Tipps & Links

---

Das **Stockholmer Institute of Transition Economies** sieht die russische Wirtschaft in einer viel schlechteren Lage, als es offizielle Daten vorspiegeln. Die Sanktionen des Westens wirkten besser, als vermutet. So sei etwa die Verschuldung doppelt so hoch wie offiziell angegeben.

[Russland: „Anders als vom Kreml behauptet“ – Institut sieht russische Wirtschaft geschwächt - WELT](#)

Der Tagesspiegel beschäftigt sich in einer Analyse mit der Frage, ob es die EU schaffen kann, **ohne russische Energierohstoffe** zu wirtschaften. Dieses Ziel wird bis Ende 2027 angestrebt. 2024 zahlten die Europäer laut dem finnischen Forschungsinstitut CREA rund 22 Milliarden Euro für Gas und Öl aus Russland, deutlich mehr als die europäische Ukraine-Unterstützung von knapp 19 Milliarden Euro (Paywall):

[Kein Gas aus Russland: Kann Europa die Energiebeziehung zu Moskau ganz beenden?](#)

-----

### **Wichtige Informationen und Kontakte zu Sanktionen:**

**BMWK-Übersichtsseite zu Sanktionen mit vielen weiterführenden Links und Dokumenten:**

[BMWK - Sanktionen](#)

Weitere Hinweise zum Thema:

[BMWK - Sanktionsdurchsetzung & Sanktionsstrafrecht](#)

**Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen**

[BAFA - Russland](#)

**BAFA-Telefon-Hotline:** Beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) können sich deutsche Exporteure über eine Telefon-Hotline zu Exportbeschränkungen bei Geschäften mit Partnern in Russland informieren: +49 (6196) 9081237 (Mo-Do 8:30 Uhr bis 16:00 Uhr / Freitag 8:30 Uhr bis 15:00 Uhr).

**Fragen zu Ausfuhrvorhaben,** zu Empfängern in Russland oder zur Einstufung von Gütern erfolgen über das Formular „Sonstige Anfrage“ im [ELAN-K2 Ausfuhr-System](#). Bei Anfragen zu Gütern sind die zugehörigen Zolltarifnummern anzugeben. Dabei ist für jedes Gut eine einzelne Güterbeschreibung mit zugehöriger Zolltarifnummer im Antrag anzulegen sowie die Güter numerisch nach den Warenverzeichnisnummern bei mehr als fünf Güterpositionen zu sortieren.

**Rechtliche Grundsatzfragen,** Anfragen von Hilfsorganisationen und Privatpersonen können unter folgender E-Mail gestellt werden: [ru-embargo@bafa.bund.de](mailto:ru-embargo@bafa.bund.de).

**Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde**

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02014R0833-20231001>

Belarus:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo\\_eg\\_765\\_2006.pdf?blob=publicationFile&v=19](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?blob=publicationFile&v=19)

-----

## **EU-Sanktionen**

EU-Sanktions-Helpdesk für KMU:

[EU Sanctions Helpdesk - European Union](#)

Dokumente zum 16. Sanktionspaket:

Hauptdokument:

[L\\_202500394DE.000101.fmx.xml](#)

Neue Listungen:

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2025/389 des Rates vom 24. Februar 2025 zur Durchführung der Verordnung \(EU\) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen](#)

Dokumente zum 17. Sanktionspaket:

[Decision - CFSP - 2025/931 - EN - EUR-Lex](#)

[Decision - CFSP - 2025/936 - EN - EUR-Lex](#)

[Official Journal L series daily view - EUR-Lex](#)

Weitere Dokumente:

[Official Journal L series daily view - EUR-Lex](#)

[Questions and answers on the sixteenth package of restrictive measures against Russia - European Commission](#)

[Sixteenth package of restrictive measures against Russia](#)

EU-FAQ: zu Sanktionen:

[Consolidated version - European Commission](#)

EU-Übersicht zu allen bisherigen Russlandsanktionen:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine - European Commission \(europa.eu\)](#)

Hier finden Sie die beiden **Listen von Gütern, die die EU als besonders kritisch** für die russische Kriegsführung einschätzt sowie die Liste von Gütern, die auf dem Schlachtfeld in der Ukraine gefunden wurden:

Aktuelle Liste der sanktionierten High-Priority Goods:  
[List of common high priority items - European Commission](#)

Aktuelle Sanktionsliste der wirtschaftlich besonders kritischen Güter:  
[List of economically critical goods - European Commission](#)

### **„Whistleblower-Tool“ der EU**

Über diese Internetseite können Sie anonym und verschlüsselt Hinweise auf EU-Sanktionsverstöße weitergeben:

[EUsanctions - Home \(integrityline.com\)](#)

Auf dieser Überblicks-Seite hat die EU **grundsätzliche Informationen zu den Zielen ihrer Sanktionspolitik** sowie zu den Entscheidungsmechanismen und den Strafen bei Sanktionsverstößen zusammengestellt:

[Wie und wann die EU Sanktionen verhängt - Consilium \(europa.eu\)](#)

-----

Auf dieser **Wikipedia-Seite** finden Sie umfangreiche Daten und Fakten zu den EU-Sanktionen gegen Russland seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine:

[Sanktionen gegen Russland seit dem Überfall auf die Ukraine – Wikipedia](#)

-----

Das amerikanische Office of Foreign Asset Control OFAC hat ein Video veröffentlicht, das eine **Anleitung zur Nutzung des OFAC-Sanktionslisten-Suchtools** und empfohlene Schritte zur Bewertung einer möglichen Übereinstimmung mit OFAC-Sanktionslisten enthält. Das Video ist das erste in der Videoreihe „OFAC Basics“ und dient als Ergänzung zur Reihe „Introduction to OFAC“, die im Abschnitt „US Guidance“ auf dieser Website zu finden ist.

[OFAC Basics Video Series - Sanctions List Search | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](#)

-----

### **Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:**

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](#)

-----

### **GTAI-Sanktionsübersicht**

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#) GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor:  
[Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

---

## Belarus

Eine konsolidierte Fassung der EU-Sanktionen gegen Belarus befindet sich hier:  
[EU-Sanktionen gegen Belarus - Consilium](#)

### **Sanktions-Krisenhotline der AHK Belarus:**

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 7- 21 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

---

Übersicht zur europäischen **Sanktionsdurchsetzung**. Auf dieser Internetseite zum Thema European Sanctions Enforcement werden aktuelle Ermittlungen und Gerichtsverfahren zum Thema Sanktionsumgehung verzeichnet:

[European Sanctions Enforcement – \(duanemorris.com\)](#)

---

Der **Sanktionstracker von Correctiv.org** aktualisiert tagesaktuell, welche individuellen Sanktionen gegen wen verhängt werden und beantworten die wichtigsten Fragen zum Thema.

[Sanktionstracker – Alle Sanktionen gegen Russland im Live-Überblick \(correctiv.org\)](#)

---

Die **Atlantic Council Database** beobachtet die aktuelle Entwicklung der Russland-Sanktionen in verschiedenen Ländern und stellt diese anschaulich gegenüber. Über 13.000 Einzelsanktionen gegen Russland sind hier verzeichnet und recherchierbar:

[Russia Sanctions Database - Atlantic Council](#)

---

### **Spendenaufwurf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine**

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufwurf der Johanniter: Link](#)

---

### **+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++**

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Zielländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen Arbeitskreisen zu Ländern und Regionen und rund 200 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

*Sie haben Ihr Interesse ausgesprochen, Informationen vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. zu erhalten. Wenn Sie keine weiteren Newsletter zu Sanktionen erhalten möchten, antworten Sie bitte auf diese Aussendung mit dem Betreff „abmelden“. Lesen Sie unsere [Datenschutzerklärung](#).*

#### **Haftungsausschluss:**

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

## **Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.** Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln



#### **Pressekontakt:**

Andreas Metz | Leiter Public Affairs

A.Metz@oa-ev.de

T. +49 (0)30 206167-120

Breite Straße 29

10178 Berlin

[www.ost-ausschuss.de](http://www.ost-ausschuss.de)

@OstAusschuss

